

Des Kumpels letzter Auftritt

In Manila muss der Schauspieler-Präsident Estrada seine Garderobe packen

von Rainer Werning

Ausgerechnet der frühere oberste Korruptions- und Verbrechensbekämpfer und jetzige Präsident verheddert sich im Korruptionsdickicht. Nicht ob, sondern wann der seit Juni 1998 amtierende Joseph Ejercito Estrada fällt, ist die Frage.

Erap«, der Kosenamen des einst so populären Schauspielers, der rückwärts gelesen für »Pare« steht und Kumpel bedeutet, ist über Nacht zum Schimpfwort geworden. »Joseph Estrada, ein ungeeigneter Führer in diesen komplexen Zeiten«, erregte sich Anfang November der Politikwissenschaftler Randy David in seiner Kolumne im Philippine Daily Inquirer, »wird früher oder später abtreten müssen. Das System, für das er steht, wird ebenfalls ein Ende finden. Im Interesse unserer Kinder und Enkel hoffe ich, dass wir dies früher hinkriegen«. Und Manilas mächtiger Erzbischof, Jaime Kardinal Sin, rief Estrada kürzlich ebenfalls zusammen mit Ex-Präsidentin Corazon Aquino zum Rücktritt auf. »Wir wollen keinen Führer«, so der Kardinal vor über 50.000 Gläubigen, »der Autorität, aber keine Ehre hat. Wir wollen keinen Führer, der sich immer gut in der Öffentlichkeit in Szene setzen will, doch das Gesicht Gottes vermissen lässt«. Als sei ein solches Verdikt in dem vorwiegend katholischen Land nicht schon schlimm genug, kam es für Estrada noch knüppeldicker: Unaufhörlich wenden sich enge Weggefährten von ihm ab und bröckelt die Phalanx seiner Parteimaschinerie der Laban ng Masang Mamayang Pilipino — Kampf der philippinischen Massen (LAMMP).

Eine Krähe, heißt es, hackt der anderen kein Auge aus. Doch eben dies geschah und brachte den Stein ins Rollen. Luis »Chavit« Singson, Gouverneur der Provinz Ilocos Sur, hatte Estrada Mitte Oktober beschuldigt, seit Sommer 1998 etwa 550 Mio. Pesos (ca. 27 Mio. DM) an

Schmiergeldern aus illegalen Glücksspielen und abgezweigten Tabaksteuern in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Singson will Estrada einen Teil dieser Gelder höchstpersönlich überreicht haben. Schließlich gehörte er zum Nachschatten-Kabinet, dessen handverlesene Schar gemeinsam mit dem Präsidenten die Nächte im Präsidentenpalast Malacanang oder auf dessen Yachten durchzockte.

Business as usual

Kabalen und Korruption sind eine Konstante in der Geschichte der philippinischen Republik. Sämtliche Amtsvorgänger Eraps waren darin direkt oder mittelbar verstrickt oder sahen sich gezwungen, deren Auswüchse einzudämmen. Verblüffend waren im Falle Estradas die Unverblümtheit und Rasanz, mit der er seine Klientel und Familie bediente. Zweierlei kam ihm dabei zugute: Sein überwältigender, auf Populismus gestützter Wahlsieg für eine sechsjährige Amtszeit sowie aktive finanzielle und politische Schützenhilfe aus dem Dunstkreis des despotischen Marcos-Regimes. Überhaupt folgte Estrada in vielen seiner Amtshandlungen dem Skript seines einstigen Mentors.

Den ersten Affront gegen die zahlreichen Opfer und Gegner des einstigen Diktators leistete sich Estrada, als er dafür plädierte, dieses dunkle Kapitel der Geschichte mit der Beisetzung von Marcos' Leichnam auf dem Heldenfriedhof von Manila zu entsorgen.

Das Hofieren der Marcoses und ihrer Günstlinge um Eduardo »Danding« Cojuangco and Lucio Tan, die maßgeblich Eraps Wahlkampf finanziert hatten, ging so weit, dass Cojuangco den Löwenanteil des (zeitweilig beschlagnahmten) Aktienkapitals an dem Lebensmittelkonzern San Miguel Corporation zurückerhielt, erneut an die Spitze dieses Unternehmens rückte und ihm auch noch mehrere Hundert Hektar Land auf Negros (Zentralphilippinen) für den Anbau von Exportprodukten zugeschanzt wurden.

Wenn immer Marcos politisch in Bedrängnis geriet, beschwor er Feindbilder — »kommunistische Subversion« und »moslemischen Sezessionismus« — und reagierte dementsprechend. Nichts anderes tat Estrada, als er Ende Mai 1999 die Friedensverhandlungen mit der von der Kommunistischen Partei geführten Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) platzen ließ.

Als Desaster erwies sich Estradas Politik des »totalen Krieges« im Süden des Landes. Die heute bedeutsamste Unabhängigkeitsbewegung, die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF), »pulverisieren« zu wollen, wie Estrada das seit dem Frühjahr wiederholt betonte, hat im Süden des Archipels alte Wunden aufgerissen und Entwicklungsperspektiven in dieser Region verüstert.

Dr. Rainer Werning, Politik- und Sozialwissenschaftler, ist Vizepräsident des International Forum for Child Welfare (Genf/Brüssel).

Die Wirtschaft streikt

Krieg statt Frieden, Militarisierung statt Entwicklung, weitere Verelendung der Armen und schamlose Bereicherung bis in die Spitzen der Regierung haben eine tiefgreifende politische und Legitimationskrise in Manila heraufbeschworen, die mittlerweile von einer schweren Wirtschaftskrise überlagert wird. Guillermo Luz, Geschäftsführer des mächtigen Makati Business Club, schätzte vor kurzem, dass 30 Prozent des Jahreshaushalts für »irreguläre Machenschaften« versickern. Internationale Rating Agencies beurteilen die Wirtschaftsaussichten des Landes negativ und sehen die Philippinen im Wettstreit mit Indonesien als »kranken Mann Südostasiens«. Die Investitionsbehörde (*Board of Investment*) spricht von einem Rückgang ausländischer Kapitalzuflüsse im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von mehr als 80 Prozent.

Estradas Wirtschaftsminister und -berater sind bereits zurückgetreten, selbst das Philippine Chamber of Commerce and Industry (PCCI) empfiehlt »Erap«, den Hut zu nehmen. Wie in der Endphase der

Marcos-Diktatur hat sich erneut das sogenannte »Parlament der Straße« formiert — ein breites Spektrum aus multisektoralen Organisationen, Kirchenleuten, Studenten und Professoren sowie namhaften Intellektuellen und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Der gemeinsame Nenner dieses außerparlamentarischen Bündnisses: »tama na, sobra na, palitan na« (genug ist genug, die Zeit ist reif für einen Wechsel).

Vieles spricht dafür, dass dieser Wechsel auch außerparlamentarisch durchgesetzt wird und Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo die Nachfolge Estradas antritt. So sehr dieser sich auch bemüht, ein eingeleitetes Amtsenthebungsverfahren durch zusätzliche Schmiergelder an ihm noch geneigte Gefolgsleute im Abgeordnetenhaus und Senat hinauszuzögern und politischen Gegnern Posten in seinem Krisenkabinett anzubieten, sie gar an Krisensitzungen des Nationalen Sicherheitsrates teilnehmen zu lassen — all das kommt zu spät für den selbsternannten »Mann der Armen«, dessen kurzlebige Amtszeit mit einem Armutszeugnis endet.

Die in den USA ausgebildete Ökonomin Macapagal-Arroyo wird es schwer haben, den Scherbenhaufen ihres Vorgängers zu beseitigen. Ob sie einen grundlegenden politischen Wandel einleitet, ist längst nicht ausgemacht. Ihr Vater, Diosdado Macapagal, war Präsident in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Mit seinem Namen verbunden ist eine Politik, die damals »Deregulierung« genannt wurde und erstmals dem IWF und der Weltbank weitreichende Handlungsspielräume in Manila einräumte. Wenn seine Tochter in diese Fußstapfen tritt und weniger schwankend als Estrada die Politiken von IWF-WB-WTO durchsetzt, dürften wirtschaftspolitisch ähnliche Probleme ins Haus stehen wie im Nachbarland Indonesien.

Rainer Werning hat in den letzten Jahren in mehreren *südostasien*-Artikeln die philippinische Präsidenten unter die Lupe genommen; zuletzt: *Machtrochaden in Manila*, Heft 2/1998.

Siehe auch: Myrna Alejo und Joel Rocamora: *Von der Rolle — warum Estrada sich unbeliebt gemacht hat — in: südostasien 2/2000.*

Eine unpopuläre Entscheidung

Für Ed de la Torre ist der Verbleib in der Regierung immer noch der beste Weg, Reformen von innen voranzubringen.

von Eric S. Carunclo

Ed de la Torre nippt an seinem Kaffee und führt aus, was er mit der »Bleibe aber verändere«-Linie meint — analytisch scharf und humorvoll wie er es schon drei Jahrzehnte als einer der Sprecher der Linken gewesen ist.

Es ist spektakulärer, zur Opposition zu gehören, zu sagen, meine Ziele sind hoch, er [Estrada] konnte sie nicht erfüllen und ich kann nicht bis 2004 [nächste Präsidentschaftswahlen] warten; statt zu sagen, dies sind meine Ansprüche, er hat sie nicht alle erfüllt, ich versuche es weiter. Das ist nicht so aufregend, aber es ist die Wahl, die ich getroffen habe.«

De la Torre hat sich zuvor an einigen schwierigen Kreuzungen befunden — ein Priester, der sich der Befreiungsbewegung anschloss als das Kriegsrecht erklärt wurde. Er predigte Befreiungstheologie, wurde verhaftet, saß zehn Jahre lang als politischer Gefangener im Gefängnis und baute nach EDSA das Institute for Popular Democracy mit auf

(siehe *südostasien* 3/2000), eine Nichtregierungsorganisation, die die einfachen Menschen stärken will, auf dass sie eine aktivere Rolle im demokratischen Prozess spielen können.

Dieser Artikel erschien am 19. November 2000 im *Inquirer Sunday Magazine*.